



# HANSE UMSCHAU



## Wahl zum Europäischen Parlament

Noch 5 Wochen – dann findet vom 4 – 7. Juni in den EU-MS die Wahl zum Europäischen Parlament (EP) statt. Rund 375 Mio. wahlberechtigte Bürger und Bürgerinnen sind aufgerufen, das neue EP zu wählen (7. Wahlperiode 2009 – 2014). Mit der Europawahl 2009 feiert das EP auch den 30. Jahrestag seiner ersten Direktwahl.

Die Wahlen werden nach den Regeln des Vertrages von Nizza durchgeführt, d. h. das EP darf nicht mehr als 736 Mitglieder haben (Art. 189 EG-V). Nach dem Vertrag von Lissabon jedoch dürfte die Anzahl der Abgeordneten auf 750 zuzüglich des EP-Präsidenten steigen (Art. 14 Abs. 2 EUV). Zudem soll die Höchstzahl der Mandate für einen MS 96 Sitze betragen. In Deutschland werden am 7. Juni allerdings nach geltendem Recht 99 Abgeordnete gewählt. Das Szenario wird mithin Anlass zu Diskussionen geben. Sollte der Vertrag von Lissabon während der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten, so würden für die betreffenden MS, die mehr Abgeordnete stellen dürfen, Nachrücker ins Parlament einziehen; die drei dann zusätzlichen deutschen Parlamentarier werden nach gegenwärtigem Stand ihr Mandat bis zu den nächsten Europawahlen behalten. Das EP würde somit vorübergehend auf 754 Mitglieder wachsen.

In den letzten fünf Jahren hat das EP seine gestiegenen Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf den Willensbildungsprozess auf europäischer Ebene genutzt, Beschlüsse zu Fragen großer Tragweite zu treffen. Zu den Höhepunkten zählten die Entscheidungen zu Themen wie REACH, Dienstleistungs-RL, Klima- und Energiepaket, Eisenbahnverkehr oder Roaming, aber auch die Ablehnung der weiteren Liberalisierung der Hafendienste und der RL über Softwarepatente oder die Forderung nach einer maximalen Arbeitszeit pro Woche von 48 Stunden (Abschaffung des Opt-out im Rahmen der Arbeitszeit-RL).

Und bitte nicht vergessen – die Rechte des EP werden durch den Vertrag von Lissabon erheblich ausgeweitet: d.h. Mitentscheidungsrecht in fast allen Bereichen der gemeinschaftlichen Gesetzgebung, wie vor allem in der Justiz- und Innenpolitik oder bei der Gestaltung des Haushalts (obligatorische Ausgaben z.B. in der Agrarpolitik).

Ein wesentlicher Schlüssel für die Legitimation des EP ist die Wahlbeteiligung. Zu der ständig wachsenden Bedeutung des EP steht es in keinem Verhältnis, dass die Wahlbeteiligung mit jeder Wahl gesunken ist. Der bisher niedrigste Wert wurde 2004 festgestellt – im Schnitt aller Länder lag die Wahlbeteiligung bei 45,6 % (in Deutschland 43 %, in Schleswig-Holstein 36,4 %, in Hamburg 34,9 %). Die letzte Eurobarometer-Umfrage zeigte, dass nur jeder dritte Europäer weiß, dass in diesem Jahr das EP neu gewählt wird.

EP-Entscheidungen sind Ausdruck der politischen und ideologischen Vorstellungen einer mehr oder weniger großen Mehrheit von Abgeordneten. Wer sich an der Europawahl beteiligt, bestimmt mit, in welche Richtung es in Zukunft geht. Am 7. Juni haben Sie die Wahl. TA

## Inhalt 05/2009

Wahl zum Europäischen Parlament .....	1
Themen .....	2
Beschäftigung: EU-Arbeitszeitrichtlinie gescheitert .....	2
Landwirtschaftspolitik: Agrarsubventionen .....	2
Meeres- und Fischereipolitik.....	2
2. Europäischer Maritimer Tag .....	2
Grünbuch Gemeinsame Fischereipolitik .....	2
Verkehrspolitik: Straßenverkehrspaket verabschiedet .....	3
Wirtschaftspolitik .....	3
Verschmelzung und Spaltung von Aktiengesellschaften ...	3
KOM sagt säumigen Zahlern den Kampf an .....	3
Markenschutz.....	4
Finanzkrise.....	4
EP zu Maßnahmen gegen die Finanzkrise .....	4
KOM: Managervergütung/Hedgefonds.....	5
Konsultationen zu Wertpapieren/Insider-Handel .....	5
Verantwortungsvolles Handeln bei Steuern.....	5
Verbraucherschutzpolitik .....	6
Niedrigere Roaming Gebühren ab dem 1. Juli .....	6
Kennzeichnung von Autoreifen .....	6
Justiz und Inneres.....	6
Änderung der Aufnahme richtlinie für Asylbewerber.....	6
Energiepolitik .....	7
Senkung des Energieverbrauchs .....	7
Umweltpolitik .....	7
Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“.....	7
Gesundheitspolitik .....	7
Grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen .....	7
Regionalpolitik.....	8
Barca-Bericht zur Reform der Kohäsionspolitik.....	8
Regionale Auswirkungen des Konjunkturprogramms.....	8
Haushaltspolitik .....	8
Keine Entlastung des Rates für Haushaltsführung in 2007 ...	8
Am Rande.....	8
9. Mai - Europatag .....	8
Internethilfen für unentschlossene Wähler .....	8
Europawahl – Deutsche in Belgien.....	9
Termine.....	9
Konferenz „Aktiv gegen Zwangsheirat“ .....	9
Europawoche 2009 in Hamburg .....	9
Europawoche 2009: Schleswig-Holstein wählt Europa!.....	10
Ausstellung „Gute Aussichten“.....	10
Hanse-Office intern .....	10
Service.....	10
Impressum.....	11

## Themen

### Beschäftigung/Soziale Angelegenheiten

#### Kein Kompromiss: EU-Arbeitszeitrichtlinie gescheitert

Nach fünfjährigen Verhandlungen ist am frühen Morgen des 28. April die Novellierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie gescheitert. Nachdem sich EP, Rat und KOM noch vor einer Woche vielversprechend näher gekommen waren, führte die dritte und letzte Runde des Vermittlungsverfahrens zu keiner Einigung. Kommissar Vladimír Špidla zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Standpunkten unüberbrückbar waren. Damit ist zum ersten Mal seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages ein Vermittlungsverfahren erfolglos geblieben.

Ausschlaggebend waren die strikte Haltung des EP, die seit 1993 geltende Ausnahmeregelung („opt-out“) für die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit über die 48 Stunden hinaus auslaufen lassen zu wollen, und ein unumstößliches Veto gegen dieses Vorhaben aus dem Rat. Die Ausnahmeregelung wird derzeit in 15 der 27 MS in Anspruch genommen. Auch für Deutschland war es wichtig, dass dieses opt-out dauerhaft bestehen bleibt, damit eine Vielzahl von hart erkämpften Tarifverträgen (z. B. im medizinischen Bereich) erhalten bleiben können.

In zwei weiteren wichtigen Punkten konnte ebenfalls keine Einigung erzielt werden: weder die vom EP geforderte Anrechnung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit noch der Standpunkt des EP, die Arbeitszeit pro Arbeiter und nicht pro Vertrag festzulegen, wurden vom Rat akzeptiert. Somit bleibt die bestehende Arbeitszeitrichtlinie von 2003 in Kraft.

AT |

► [Pressemitteilung EP](#)

► [Pressemitteilung FAZ](#)

### Landwirtschaftspolitik

#### Transparenz von Agrarsubventionen

Gestützt auf die Haushaltsordnung von 2006 müssen MS jedes Jahr die Veröffentlichung über Empfänger von Haushaltsmitteln sicherstellen. Hierzu gehören auch die Empfänger von EU-Agrarförderungsgeldern, die bis zum 30. April im Internet zu veröffentlichen sind. Landwirtschaftskommissarin Fischer Boel zeigte sich daher überrascht über die öffentlichen Überlegungen von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner, die Veröffentlichung weiterer Informationen über die Empfänger von Agrarzahungen vorläufig auszusetzen. Da deutsche Gerichte - so auch das Verwaltungsgericht Schleswig - in Eilverfahren eine solche Veröffentlichung für nicht vereinbar mit dem Grundrecht auf Datenschutz halten, hatte sich die Bundeslandwirtschaftsministerin zu diesem Schritt entschlossen. Die KOM hingegen sieht hierin einen eindeutigen

Verstoß gegen geltendes EU-Recht und kündigte entsprechende Schritte an, sofern Deutschland der Verpflichtung zur Veröffentlichung nicht nachkäme. Da derzeit ein Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden beim EuGH anhängig ist, sind zurzeit jedoch alle Handlungen zu unterlassen, die als Vorgriff auf die Entscheidung des Gerichtshofes gewertet werden könnten. Dennoch darf man auf die nächste Woche gespannt sein!

KL |

► [Presseerklärung BMELV](#)

► [KOM Presseerklärung IP/09/632](#)

► [Verwaltungsgericht Schleswig](#)

### Meeres- und Fischereipolitik

#### 2. Europäischer Maritimer Tag



Zum zweiten Mal begeht Europa seinen maritimen Tag. Zu einer Feier hat die italienische Regierung vom 18. – 21. Mai nach Rom eingeladen. Parallel werden an verschiedenen Orten Europas weitere Events durchgeführt. Auf nationaler Ebene beteiligen sich Hamburg

und Schleswig-Holstein mit Veranstaltungen in Kiel und Berlin.

Für die zentrale Veranstaltung in Rom haben u. a. der Präsident des EP, Hans-Gerd Pöttering, und Kommissionspräsident José Manuel Barroso ihre Teilnahme zugesagt. Minister Uwe Döring wird die maritime Politik Schleswig-Holsteins in Rom vorstellen. Etwa 30 Themen – von Seeverkehr über Klimawandel, Energie, Tourismus, Kultur, Sicherheit, maritime Raumplanung, Forschung und Fischerei bis zu maritimen Clustern - stehen auf der Tagesordnung. Natürlich geht es auch um den Status quo der Umsetzung des maritimen Aktionsplans der EU.

TE |

► [KOM Themenseite Maritimer Tag](#)

► [Entwurf Tagungsprogramm](#)

► [Erklärung der Präsidenten von KOM, Rat und EP](#)

#### Grünbuch Gemeinsame Fischereipolitik

Die KOM hat am 22. April ihr Grünbuch zur nächsten großen Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) vorgelegt. Die KOM begründet ausführlich, warum eine erneute Reform der GFP erforderlich sei. So habe zwar die letzte GFP-Reform von 2002 einige wesentliche Veränderungen gebracht, wie z. B. eine zeitlich längere Perspektive des Fischereimanagements, die stärkere Beteiligung der Interessensgruppen, Mehrjahresfangpläne oder neue bilaterale Abkommen mit Drittländern. Auch habe diese zu mehr Kommunikation zwischen den Fischern geführt - dennoch seien die Fischbestände mehrheitlich weiter zurückgegangen. 88 % der EU-Fischbestände lägen unter dem Zielwerten (MSY), 30 % dieser Bestände befänden sich außerhalb der sicheren biologischen Grenzen und die heutige Fischerei basiere auf jungen und kleinen Fischen.

Für die KOM bildet die Überkapazität der Flotten das Kernproblem der GFP. Eine Lösungsoption liegt in der Einführung von Marktinstrumenten wie z. B. übertragbare Fangquoten, die zur Reduktion der Kapazitäten führen könnten. Darüber hinaus müssten Entscheidungen über Details und Durchführungen nicht unbedingt im Rat, sondern könnten stärker von der KOM und den MS getroffen werden. Auch die Fischereiwirtschaft könnte mehr Rechte und mehr Verantwortung durch Selbstmanagement erhalten. Als unbefriedigend wird auch der geringe Anteil des Endverbraucherpreises angesehen, der den Fischern verbleibt. Ein Grund hierfür sei der geringe Zusammenschluss von Organisationen der Erzeuger.

Eine Differenzierung der Bewertung von „Industrieflotten“ und dem „handwerklichen Segment“ wird diskutiert: „Die Fischereiwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an kleinen und mittleren Unternehmen spielt für das soziale Gefüge und die kulturelle Identität vieler europäischer Küstenregionen eine wichtige Rolle.“ Da bei der Verringerung der Fangflotten mit einem Rückgang der Beschäftigten gerechnet wird, könnten für das „handwerkliche Segment“ soziale und wirtschaftliche Aspekte stärker berücksichtigt werden. Besonders die schwächsten Küstengemeinden sollten geschützt werden.

Weitere Probleme aus Sicht der KOM sind zu unpräzise formulierte politische Ziele, Beschlussssysteme, die kurzfristiges Denken fördern, fehlender politischer Wille, die Einhaltung der Vorschriften einzufordern und die Fischereiwirtschaft in die Pflicht zu nehmen.

Die KOM diskutiert im Grünbuch insgesamt eine Vielzahl von Vorschlägen und stellt dazu einen Katalog von 67 Fragen als Grundlage für die weitere Diskussion. Dem Grünbuch folgt eine ausführliche Konsultationsphase (Fristende: 31. Dezember), deren Zusammenfassung in der ersten Hälfte 2010 vorgelegt werden soll. Anschließend will die KOM eine neue Grundverordnung sowie weitere Vorschläge im Zusammenhang mit dem neuen Finanzrahmen vorlegen, sodass die Reform Anfang 2013 in Kraft treten könnte.

Schleswig-Holstein und Hamburg sind von der Reform der GFP unmittelbar betroffen, zum einen die Fischerei selbst und zum anderen die Verarbeitung und der Handel.

TE

- ▶ [Kurzinformation der KOM](#)
- ▶ [Grünbuch zur GFP KOM \(2009\) 163](#)
- ▶ [Rede Kommissar Borg](#)
- ▶ [zur Konsultation](#)

## Verkehrspolitik

### Straßenverkehrspaket verabschiedet

Das EP hat am 23. April in 2. Lesung das Straßenverkehrspaket verabschiedet. Zentrales Thema des aus drei Verordnungen bestehenden Pakets sind Regelungen zur Kabotage (Erbringung von Dienstleistungen durch einen Verkehrsunternehmer in einem MS, in dem er nicht niedergelassen ist). Drei Fahrten innerhalb von einer Woche werden erlaubt. Auf diese Weise sollen Leerfahrten verhindert

werden, die auf dem Rückweg von einem Auftrag ansonsten entstehen. Auf der anderen Seite soll angesichts nicht angeglicherer Sozial- und Fiskalgesetzgebung im Transportbereich unlauterer Wettbewerb verhindert werden.

Außerdem wird die so genannte 12-Tage-Regelung wieder eingeführt werden, die es Busfahrern erlaubt, bei einer Rundreise 12 Tage einen Reisebus zu lenken, da anderenfalls regelmäßig zwei Fahrer hätten mitfahren müssen. Dies würde zu entsprechenden Mehrkosten führen, die auf die Fahrgäste abzuwälzen wären.

Im Vorfeld der Abstimmung konnten Parlamentsvertreter und die tschechische Ratspräsidentschaft eine Einigung erzielen, so dass das Gesetzgebungsverfahren jetzt abgeschlossen ist. Der Ministerrat wird formal noch im Juni zustimmen. Die Regelungen treten dann sechs Monate später in Kraft.

LF

▶ [Pressemitteilung EP](#)

## Wirtschaftspolitik

### Verschmelzung und Spaltung von Aktiengesellschaften vereinfacht

Im Jahr 2007 verständigte der Rat sich darauf, die Verwaltungslasten für Unternehmen bis zum Jahr 2012 um 25 % zu senken. Zur Umsetzung dieser Zielvorgabe hat die KOM zwischenzeitlich einige Maßnahmen auf den Weg gebracht, u. a. einen Richtlinienvorschlag zur Änderung der bestehenden EU-Vorgaben zur Verschmelzung und Spaltung von Aktiengesellschaften. Das EP hat dem Vorschlag am 22. April mit geringfügigen Änderungen zugestimmt. Er sieht u. a. folgende Änderungen vor:

- Auf den bislang erforderlichen Bericht an die Hauptversammlung zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Hintergründen der Verschmelzung bzw. Spaltung soll verzichtet werden können, wenn die Aktionäre dies einstimmig beschließen.
- Die MS müssen künftig die Möglichkeit vorsehen, bei einer Verschmelzung bzw. Spaltung von Mutter- und Tochtergesellschaft auf die Durchführung einer Hauptversammlung zu verzichten.
- Veraltete Vorschriften zu Veröffentlichungs- und Dokumentationspflichten sollen an die Möglichkeiten der modernen Informationstechnologie angepasst und vereinfacht werden.
- Noch ein Punkt

Die KOM geht von einer finanziellen Entlastung der Unternehmen i. H .v. rund 165 Mio. € pro Jahr aus. CH

▶ [Presseerklärung IP/08/1407](#)

▶ [RL-Vorschlag KOM \(2008\)576](#)

▶ [Entschließung des EP](#)

### Hilfe für den Mittelstand: KOM sagt säumigen Zahlern den Kampf an

Im Rahmen der Mittelstandsinitiative „Small Business Act“ der KOM hat Kommissar Verheugen am 8. April einen

Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr vorgestellt. Der Vorschlag sieht wesentliche Änderungen einer gleichnamigen Richtlinie aus dem Jahr 2000 (RL 2000/35/EG) vor.

Viele Zahlungen im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen oder zwischen Unternehmen und der öffentlichen Hand erfolgen erst lange nach dem vereinbarten oder gesetzlich vorgesehenen Zeitpunkt. Die auf 1.900 Mrd. € bezifferten Forderungsausstände in der EU behindern nicht nur die Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen. Sie sind auch immer häufiger die Ursache für Insolvenzen an sich lebensfähiger Betriebe, insbesondere kleiner und mittelgroßer Unternehmen.

Schlechtester Zahler ist nach Angaben der KOM die öffentliche Hand, auf die allein 1.200 Mrd. € der Außenstände entfallen. Die öffentlichen Stellen stehen daher im Fokus des Vorschlags:

## Zahlungsfrist

Geldforderungen müssen, soweit nicht anders vereinbart, spätestens am 30. Tag nach Rechnungserhalt beglichen werden. Die den MS in RL 2000/35/EG noch vorbehaltene Möglichkeit, diese gesetzliche Frist für bestimmte Vertragsarten auf 60 Tage zu verlängern, entfällt. Auch wenn Deutschland von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte, stößt die geplante Verschärfung in deutschen Wirtschaftskreisen auf Zustimmung. Die Unternehmen erhoffen sich von der EU-weiten Vereinheitlichung der Zahlungsfrist für alle Vertragsarten eine leichtere Abwicklung ihrer Auslandsgeschäfte.

## Pauschale Entschädigungspflicht für die öffentliche Hand

Zahlen öffentliche Stellen nicht innerhalb der 30-Tagesfrist, müssen sie nach dem Richtlinienvorschlag künftig vom ersten Tag des Verzuges an eine pauschale Entschädigung i.H.v. 5 % des geschuldeten Betrages an den Gläubiger zahlen. Diese Pauschale tritt neben die Pflicht zur Zahlung von Verzugszinsen sowie die Pflicht zur Erstattung der dem Gläubiger für die Beitreibung der Forderung entstehenden Kosten.

CH

► [Presseerklärung IP/09/552](#)

► [RL-Vorschlag KOM \(2009\) 126/4 Zahlungsverzug](#)

## Markenschutz

### Gemeinschaftsmarken-Registrierung einfacher und billiger

Die KOM hat beschlossen, die Gebühren des EU-Markenamtes (Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt, HABM) in Alicante, Spanien, zum 1. Mai zu senken und das Registrierungsverfahren zu vereinfachen. Auf entsprechende Maßnahmen hatten die MS sich bereits im September 2008 bei einer gemeinsamen Sitzung von Verwaltungsrat und Haushaltsausschuss des HABM verständigt.

Nach dem Beschluss der KOM wird die Eintragungsgebühr für Gemeinschaftsmarken künftig entfallen. Die Unternehmen brauchen dann nur noch eine Gebühr – die Anmeldegebühr – zu entrichten. Damit verkürzt sich die Bearbeitungszeit für die Eintragung einer Gemeinschaftsmarke erheblich.

Außerdem wird das Verfahren deutlich günstiger: Bislang zahlen die Unternehmen 1.750 € für Anmeldung und Eintragung einer Gemeinschaftsmarke. Durch den Wegfall der Eintragungsgebühr sinken die Kosten auf 1.050 €. Bei online-Anmeldungen sinken die Gebühren von 1.600 € auf 900 €. Die KOM rechnet mit Einsparungen für die Unternehmen von ca. 60 Mio. € pro Jahr.

## Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie

Im Rahmen der High-level Conference „ContraFake 2009“ in Brüssel hat Binnenmarktkommissar McCreevy Anfang April eine Europäische Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie ins Leben gerufen.

Nachahmungen und Produktpiraterie stellen die Wirtschaft und andere Inhaber geistiger Eigentumsrechte vor massive Probleme. Nach einer OECD-Studie aus dem Jahr 2005 beträgt das Volumen des weltweiten Handels mit gefälschten Produkten schätzungsweise 200 Mrd. US-Dollar.

Aufgabe der Einrichtung wird es sein, im Wege einer verstärkten EU-weiten Zusammenarbeit an vorderster Front gegen Produktfälschungen, illegales Herunterladen von Dateien und andere Verletzungen der Rechte des geistigen Eigentums vorzugehen. Die Beobachtungsstelle soll zu einer Plattform für die Sammlung von Daten, die Bewusstseins-schärfung und die Förderung des Dialogs zwischen Unternehmen und nationalen Behörden werden.

Jeder MS wird durch einen Delegierten in dem Gremium vertreten sein, dem auch Mitglieder des EP, Experten aus der Privatwirtschaft, Rechtswissenschaftler und Forscher angehören werden. Das laufende Geschäft wird von der KOM betreut werden.

CH

► [Presseerklärung IP/09/506](#)

► [Presseerklärung IP/09/528](#)

► [Memo/09/146](#)

## Finanzkrise

### EP zu Maßnahmen gegen die Finanzkrise

Im April hatte das EP viele der von der KOM ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise und zur Verhinderung zukünftiger Krisen auf der Tagesordnung.

Beim Plenum Anfang April stimmte das EP der Verordnung (EG) Nr. 284/2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds zu. Damit können u. a. Gemeinschaftsmittel unter erleichterten Bedingungen und schneller für Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die Verordnung (EG) Nr. 284/2009 ist bereits in Kraft, nachdem der Rat im schriftlichen Verfahren zugestimmt hat.

Beim zweiten April-Plenum beschäftigten sich die Parlamentarier mit den Lehren aus der Finanzkrise und der zukünftigen Regulierung der Finanzmärkte. Das EP verabschiedete die Solvabilität-II-Richtlinie, mit der die Aufsicht und die Eigenmittelanforderungen an die Versicherungsbranche reformiert werden. Auch eine neue EU-

Verordnung zur Regulierung und Kontrolle sogenannter Rating-Agenturen wurde verabschiedet. Zum ersten Mal werden damit zukünftig die Rating-Agenturen registriert, kontrolliert und beaufsichtigt werden. In Europa unterlag die Tätigkeit dieser Agenturen bisher keiner Kontrolle. Außerdem sollen in der EU die Ratings von in der EU registrierten Rating-Agenturen Anwendung finden.

Der Vorschlag für die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement (KOM (2008)0602) wurde kurzfristig von der Tagesordnung genommen, da sich fraktionsübergreifend Kritik an der Eigenkapitalausstattung der Banken bei Kreditverbriefungen geregt hatte. Statt der vorgesehenen 5 % fordert die EVP-Fraktion 10 %, die PSE-Fraktion 15 %. Der Richtlinienvorschlag steht nun auf der Tagesordnung des Plenums für den 6. Mai. Für eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode müssten sich EP und Rat bis dahin auf einen Kompromiss einigen. BS

- ▶ [Verordnung \(EG\) Nr. 1083/2006](#)
- ▶ [Veordnung \(EG\) Nr. 284/2009, Abl. L/2009/94 10](#)
- ▶ [Presseerklärung des Rates vom 7. April 2009](#)
- ▶ [EP-Dossier COD 2007/0143 Solvabilität II](#)
- ▶ [EP-Dossier COD 2008/0217 Ratingagenturen](#)
- ▶ [EP - Interview mit MdEP Gauzes \(FRA/EVP-ED\)](#)
- ▶ [EP-Dossier COD 2008/0191 Eigenkapital](#)

## Vergütung von Managern und Unternehmensleitungen/Richtlinienvorschlag zu Hedgefonds

Die KOM hat am 29. April Empfehlungen für die Vergütung von Managern in risikoträchtigen Geschäftsbereichen und für Unternehmensleitungen beschlossen. Sie setzt damit weitere Schlussfolgerungen des G-20-Gipfels vom 2. April um.

Für die Managervergütung empfiehlt die KOM ein transparentes System, das ein angemessenes Verhältnis von Grundgehalt und variablen Boni vorsieht. Leistungskriterien sollen sich an längerfristigen Ergebnissen orientieren und Boni zurückgefordert werden können, wenn sich Daten im Nachhinein als falsch erweisen. Zudem soll das System der Managervergütung einer stärkeren Überwachung unterworfen werden.

Für die Vergütung von Unternehmensleitungen schlägt die KOM eine Orientierung an der mittel- und langfristigen Tragfähigkeit des Unternehmens vpr - mit einer Rückforderungsmöglichkeit für variable Vergütungsbestandteile wie z. B. Aktienoptionen. Außerdem fordert sie die MS auf, eine Deckelung der Abfindungen auf zwei Jahresgehälter einzuführen. Außerdem sollen die Anteilseigner stärker in das Verfahren zur Festlegung von Vergütungen einbezogen werden.

Die Empfehlungen der KOM sind nicht verpflichtend. Dennoch ist davon auszugehen, dass sie die aktuelle, schon sehr konkrete deutsche Diskussion beeinflussen werden.

Einen Richtlinienvorschlag für alternative Investmentfonds stellte Binnenmarktkommissar Charly McCreevy

ebenfalls am 29. April vor. Der Richtlinienvorschlag will der gestiegenen Bedeutung von alternativen Investmentfonds wie Hedgefonds und Private Equity Fonds Rechnung tragen. Die Richtlinie soll eine Harmonisierung der Rechtsgrundlagen und eine Aufsicht einführen. Auch dieser Richtlinienvorschlag dient der Umsetzung der Beschlüsse der G-20-Staats- und Regierungschefs in London. BS

- ▶ [Presseerklärung IP/09/674 Managervergütung](#)
- ▶ [Presseerklärung IP/09/673 Unternehmensleitungen](#)
- ▶ [Presseerklärung IP/09/669 Alternative Investmentfonds](#)

## Konsultationen zu Wertpapieren/Insider-Handel

Auch die KOM ist weiter aktiv, Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen und die Regulierung der Finanzmärkte zu verbessern. Zu diesem Zweck hat sie am 22. April eine Konsultation zu einem neuen Rechtsrahmen für intermediär verwahrte Wertpapiere eingeleitet. Der Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) hatte die KOM aufgefordert, einen Legislativvorschlag vorzulegen, der u. a. die Rechtssicherheit und Effizienz beim Wertpapierbesitz erhöht und den Schutz der Anlegerrechte verbessert. Hierzu können nun alle Interessierten bis zum 11. Juni Kommentare einreichen.

Eine zweite am 20. April veröffentlichte Konsultation betrifft die Überprüfung der Marktmissbrauchsrichtlinie, mit der Praktiken wie Insider-Handel und Marktmanipulation verhindert und angemessen geahndet werden sollen. Hier können Beiträge bis zum 10. Juni an die GD Binnenmarkt eingereicht werden. BS

- ▶ [Presseerklärung IP/09/599 vom 20. April 2009](#)
- ▶ [WebseiteDG Binnenmarkt: Konsultation zu Wertpapieren](#)
- ▶ [Presseerklärung IP/09/600 zu Marktmissbrauch](#)
- ▶ [Konsultationsdokument Marktmissbrauchsrichtlinie](#)

## Verantwortungsvolles Handeln bei Steuern

Die KOM hat am 28. April Leitlinien zum verantwortungsvollen Handeln im Steuerbereich vorgelegt. Mit der Mitteilung will die KOM entsprechend den Schlussfolgerungen zum Umgang mit kooperationsunwilligen Jurisdiktionen und Steueroasen des G-20-Gipfels vom 2. April Maßnahmen zur Stärkung der Steuersysteme und Haushalte der MS ergreifen und den Gefahren vorbeugen, die diesen durch Steuerflucht und -betrug drohen. Sie betrifft zwei Aspekte: die Förderung von verantwortungsvollem Handeln in der EU und die Förderung von verantwortungsvollem Handeln in Beziehung zu Drittländern.

Hinsichtlich der Förderung von verantwortungsvollem Handeln in der EU geht es der KOM um die baldige Annahme ihrer Vorschläge zu der Gewährleistung einer wirkungsvollen Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Steuerfestsetzung – Abkehr von der Berufung auf das Bankgeheimnis -, die Gewährleistung von Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern und die Verbesserung der Anwendung der Zinsbesteuerungsrichtlinie.

Hinsichtlich der Förderung von verantwortungsvollem Handeln zu Drittländern geht es um die Verbesserung der Instrumente und ein koordiniertes und kohärentes Vorgehen der MS.

Von Interesse werden die Reaktionen der MS auf die Mitteilung der KOM sein, die auf die graue Liste der OECD gesetzt wurden: Luxemburg, Belgien und Österreich. Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker hatte den EU-Staats- und Regierungschefs, die am Gipfel teilnahmen, diesbezüglich Feigheit vorgeworfen. **BS**

► [KOM Mitteilung KOM \(2009\) 201](#)

► [Presseerklärung IP/09/650 vom 28. April 2009](#)

► [Reaktion Juncker Handelsblatt vom 23. April 2009](#)

## Verbraucherschutzpolitik

### Niedrigere Roaming Gebühren ab dem 1. Juli

Das EP stimmte am 22. April mit großer Mehrheit für die Kompromisslösung, die zwischen Rat und Parlament in Sachen weiterer Gebührenerhöhungen bei der Nutzung mobiler Telefone gefunden wurde. Man hat sich darauf verständigt, keine Fixbeträge, sondern Obergrenzen festzulegen (alle Preise verstehen sich jeweils zzgl. Umsatzsteuer):

#### Telefongespräche

Ab dem 1. Juli 2010 sind maximal 0,39 € für aus- und 0,15 € für eingehende Gespräche im Roaming zulässig. Ab dem 1. Juli 2011 reduziert sich dieser Betrag noch einmal auf 0,35 € bzw. 0,11 €. Bereits aufgrund der Regelung aus dem Jahre 2007 werden die Kosten für eine Minute Telefongespräch im Roaming zum 1. Juli von 0,46 auf 0,43 € bzw. von 0,22 auf 0,19 € fallen.

#### Datendienste

Eine SMS wird bereits ab dem 1. Juli maximal 0,11 € kosten. Andere Roamingdienste wie Internetnutzung oder E-Mailversand werden durch Preisobergrenzen zwischen den Diensteanbietern reguliert. So darf die Telefongesellschaft, die den Roamingsservice anbietet, von der heimischen Gesellschaft des Nutzers ab dem 1. Juli maximal 1 € pro Megabyte verlangen. In zwei weiteren Schritten sinkt dieser Betrag auf 0,80 € zum 1. Juli 2010 und 0,50 € zum 1. Juli 2011.

#### Überprüfung und Auslaufen der Regelung

Die Regelung wird Mitte 2011 daraufhin überprüft werden, ob die Verbraucher in dem erhofften Maße hiervon profitiert haben. Die Neuregelung läuft Ende Juni 2012 aus. **LF**

► [Presseerklärung IP/09/620](#)

## Kennzeichnung von Autoreifen

Europas Autofahrer sollen in naher Zukunft besser und schneller über die besonderen Eigenschaften von Reifen informiert werden. Am 22. April hat das EP einem Vorschlag der KOM in 1. Lesung zugestimmt, u. a. die Energieeffizienz der Reifen in Kategorien von A (sehr gut) bis G (sehr schlecht) einzustufen und für den Verbraucher übersichtlich darzustellen. Auch die Geräusche, die durch einen Reifen voraussichtlich verursacht werden, würden

hiernach nach verschiedenen Stufen kategorisiert von C1 (unter 68 dB(A)) bis C3 (unter 70 dB(A)).

Das EP würde einer direkt in ganz Europa anwendbaren Verordnung den Vorzug geben vor dem Instrument einer Richtlinie, wie sie von der KOM vorgeschlagen worden ist. Diese müsste noch in einem zweiten Schritt durch die nationalen Gesetzgeber in das jeweilige Recht der MS überführt werden. Der Rat muss dem Vorschlag noch zustimmen. **LF**

► [Pressemitteilung EP](#)

## Justiz und Inneres

### Änderung der Aufnahmerichtlinie für Asylbewerber

Am 3. Dezember 2008 hat die KOM einen Vorschlag zur Änderung der sog. Aufnahmerichtlinie für Asylbewerber vorgestellt. Ziel des Änderungsvorschlags sind bessere und einheitlichere Schutzstandards für Asylbewerber in der EU. Im Mittelpunkt der aktuellen öffentlichen Diskussion stehen die folgenden beiden Punkte:

#### Zugang zum Arbeitsmarkt (Art. 15 Abs. 1):

Der Vorschlag der KOM legt erstmals eine einheitliche Wartezeit von maximal sechs Monaten für den Zugang von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt fest. In Deutschland beträgt die Wartefrist zurzeit im Regelfall mindestens ein Jahr.

Die den MS bislang eingeräumte Möglichkeit, EU-Bürgern aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik Vorrang vor Asylbewerbern einzuräumen, soll entfallen.

#### Höhe der Sozialleistungen (Art. 17 Abs. 5):

Der Wortlaut des Richtlinienvorschlags sieht vor, dass die materiellen Sozialleistungen für Asylbewerber grundsätzlich dem Betrag der Sozialhilfe zu entsprechen haben, der eigenen Staatsangehörigen der MS gewährt wird. Der zuständige LIBE-Ausschuss des EP hat am 27. April gegen diese Neuregelung votiert.

Das Plenum des EP wird voraussichtlich am 7. Mai über den Vorschlag abstimmen. Aufgrund der kritischen Haltung der Bundesregierung wird nicht damit gerechnet, dass der anschließend zu befassende Rat dem KOM-Vorschlag in der jetzigen Fassung zustimmen wird.

Die KOM selbst hat zwischenzeitlich dementiert, die MS zur finanziellen Gleichbehandlung von Asylbewerbern und staatsangehörigen Empfängern von Sozialleistungen verpflichtet zu wollen. Anders, als es der Wortlaut des Art. 17 Abs. 5 nahelegt, gehe es ihr lediglich um die Berücksichtigung der Sozialhilfe als Vergleichsmaßstab. **CH**

► [PreLex-Dossier KOM\(2008\)815](#)

► [EP-Dossier COD/2008/0244](#)

## Energiepolitik

### Senkung des Energieverbrauchs

Unter dem Dach der Ökodesignrichtlinie hat die KOM drei konkrete Energiesparmaßnahmen auf den Weg gebracht: die Kennzeichnung für die Energieeffizienz von Haushaltsgeräten soll verbessert sowie der Energieverbrauch von Umwälzpumpen und externen Netzteilen verringert werden. Auf diese Weise sollen große Mengen an Strom EU-weit eingespart werden können.

Die Kennzeichnung für die Energieeffizienz von Haushaltsgeräten wie Kühl- und Gefriergeräte, Wasch- und Geschirrspülmaschinen soll erweitert werden. Die meisten Geräte, die heute auf den Markt kommen, erhalten nach den alten Vorschriften aus den 90er Jahren die beste Kennzeichnung (A-Klasse). Daher wurde ein neues differenziertes System erarbeitet, in dem die A-Klasse weiter unterteilt werden soll. Dies soll Anreize für noch sparsamere Geräte schaffen. Ganz neu hinzu kommen Fernsehgeräte: sie werden erstmals entsprechend gekennzeichnet. 51 Terrawatt-Stunden (TWh)/p. a. Strom sollen mit der veränderten Kennzeichnung eingespart werden.

Ebenfalls unter dem Dach der Ökodesignrichtlinie soll der Energieverbrauch von Umwälzpumpen gesenkt werden. 2013 sollen die Zulassungskriterien schrittweise verschärft werden. Heute laufen viele Umwälzpumpen für Heizungsanlagen in Gebäuden, auch wenn die Heizung nicht aktiv ist. Bis zu 20 % Stromverbrauch könnten hier eingespart werden. Das entspräche 23 TWh Strom und 11 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> für diesen Bereich pro Jahr.

Schließlich sollen externe Netzteile stromsparender gestaltet werden. Diese Geräte wandeln 220 Volt Strom aus dem Netz in Niederspannung (z. B. 12 Volt) um und versorgen u. a. Notebooks, bestimmte Lampen oder Funk- und Schnurlostelefone. Heutzutage verbrauchen solche Geräte häufig auch Strom, wenn gar kein Endgerät angeschlossen ist. Auch das soll sich ändern. Bis 2020 sollen der Stromverbrauch um immerhin noch 9 TWh und die CO<sub>2</sub>-Emissionen um über 3 Mio. Tonnen jährlich gesenkt werden.

Die Einsparpotentiale sind groß: 9 TWh entsprechen dem Jahresstromverbrauch Estlands, 23 TWh dem Verbrauch Irlands und 51 TWh dem Verbrauch Portugals und Lettlands zusammen.

Die MS haben den entsprechenden Maßnahmenentwürfen der KOM zugestimmt, die Einspruchsfristen für das EP laufen nach drei Monaten ab (Komitologieverfahren). Bisher hat das EP im Komitologieverfahren noch nie gegen einen Vorschlag gestimmt. Dies könnte sich nun ändern. Im Fall der Kennzeichnung von Haushaltsgeräten hat der federführende Ausschuss die Art der Kennzeichnung als verwirrend kritisiert. Sollte das Plenum des EP diesem Votum im Mai folgen, müsste die KOM einen neuen Vorschlag vorlegen.

TE

- ▶ [Themenseite der KOM zum Ökodesign](#)
- ▶ [Presseerklärung IP/09/516](#)
- ▶ [Memo/09/144 Kennzeichnung Haushaltsgeräte](#)
- ▶ [Presseerklärung IP/09/542](#)

## Umweltpolitik

### Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“

Am 1. April hat die KOM das bereits zum Ende letzten Jahres angekündigte Weißbuch zur „Anpassung an den Klimawandel: ein europäischer Aktionsrahmen“ vorgelegt. Das Weißbuch enthält eine politikübergreifende Gesamtstrategie zur Anpassung an den Klimawandel und wird flankiert von drei sektoralen Diskussionspapieren zu den Themen Landwirtschaft, Gesundheit sowie Wasser, Küsten und Meere.

Innerhalb dieses EU-Aktionsrahmens sind nun die MS gefordert. In einer 1. Phase bis 2012 sollen die MS Grundlagen für gemeinsame Anpassungsstrategien entwickeln, die dann ab 2013 in einer 2. Phase umgesetzt werden sollen. Dabei setzt man auf Kooperationen und Partnerschaften zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden.

Zur Schaffung einer soliden Wissensgrundlage über Risiken und Folgen des Klimawandels sowie über mögliche Maßnahmen zur Anpassung sollen die Forschung intensiviert und die Daten über eine europaweite Informationsplattform ausgetauscht werden. Auch soll der Klimawandel als Querschnittsthema in alle wesentlichen sektoralen Politikfelder integriert werden. Im Hinblick auf die Finanzierung hält sich das Weißbuch bedeckt und verweist darauf, dass auf Grundlage von Kostenkalkulationen entsprechende Maßnahmen einschließlich marktgestützter Regelungen evaluiert werden sollen.

KL

▶ ["Anpassung an den Klimawandel" KOM \(2009\) 147](#)▶ [Themenseite der KOM](#)

## Gesundheitspolitik

### Grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen, 1. Lesung im EP

Das EP hat am 23. April in 1. Lesung dem RL-Vorschlag Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung zugestimmt. Es soll demnach für Patienten einfacher werden, Gesundheitsdienstleistungen im Ausland in Anspruch zu nehmen und die Kosten dafür vollständig erstattet zu bekommen. Erstattet werden soll in der Regel der Betrag, der auch im Heimatland übernommen werden würde. Es soll jedoch möglich sein, auf Ebene der MS ein System der Vorabgenehmigung einzuführen. Als ein möglicher Grund dafür wird die Gefahr genannt, dass das „finanzielle Gleichgewicht des Sozialversicherungssystems des Mitgliedstaats anderenfalls ernsthaft untergraben werden könnte“. Das EP hat sich für die Einrichtung eines Europäischen Patienten-Ombudsmannes ausgesprochen, der sich mit etwaigen Patientenbeschwerden hinsichtlich der Vorabgenehmigung und der Rückerstattung auseinandersetzen soll, allerdings erst nachrangig zu den vorhandenen Beschwerdemöglichkeiten im jeweiligen MS.

LF

▶ [Pressemitteilung EP](#)

## Regionalpolitik

### Barca-Bericht zur Reform der Kohäsionspolitik

Nicht erst seit dem Erscheinen des Grünbuchs zur Territorialen Kohäsion im Oktober 2008 stehen der Erfolg der bisherigen und die Ausgestaltung der zukünftigen Kohäsionspolitik im Mittelpunkt vieler Debatten zur räumlichen Entwicklung in der EU. Doch in den nächsten Monaten dürften die Diskussionen an Fahrt aufnehmen, denn am 27. April ist der in Expertenkreisen mit Spannung erwartete Bericht des italienischen Wirtschaftswissenschaftlers Fabrizio Barca erschienen. Dieser Bericht, der von der KOM zwecks unabhängiger Analyse der europäischen Kohäsionspolitik in Auftrag gegeben worden war, soll – ausgehend von einer kritischen Bewertung bisheriger Strategien - als Reflexionsgrundlage für die neuen Konturen der Politik nach 2013 dienen. Barca plädiert unter anderem für klarer gefasste politische Prioritäten (55 – 56 % der Fördermittel für 3 - 4 Kernziele!) sowie für die Trennung von Maßnahmen, die auf Beschäftigung und Wachstum einerseits und auf die Reduzierung sozialer und ökonomischer Ungleichgewichte andererseits abzielen.

AT

▶ Barca-Bericht

### Regionale Auswirkungen des Konjunkturprogramms

Der AdR hat eine Stellungnahme zum Europäischen Konjunkturprogramm und zur Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften verfasst. Der in der Plenarsitzung des AdR am 22. April lebhaft diskutierte Bericht des nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Dietmar Brockes enthält die Aufforderung an die KOM, im Juni 2009 eine erste Bilanz zum Erfolg ihrer Konjunkturmaßnahmen vorzulegen. In der Debatte wurde auf die Notwendigkeit einer Erfolgskontrolle hingewiesen: AdR und Generaldirektion Regionalpolitik müssten sich einen Überblick darüber verschaffen, wo es Auswirkungen der Finanzkrise in den Regionen Europas gebe und wie unterschiedlich sich die bestehenden wirtschaftlichen (und sozialen) Disparitäten verändern. Eine solche „Landkarte der Betroffenheiten“ dürfte für die Gestaltung der künftigen Strukturfonds (2013+) interessant sein.

AT

## Haushaltspolitik

### Keine Entlastung des Rates für die Haushaltsführung in 2007

Zum ersten Mal hat das EP dem Rat die Entlastung für die Haushaltsführung verweigert. Am 23. April haben die Parlamentarier den Beschluss verschoben, dem Generalsekretär des Rates die Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans des Rates für das Haushaltsjahr 2007 zu erteilen.

Zur Begründung führt das EP an, dass der Rat ihm nicht die notwendigen Dokumente zur Überprüfung der Haus-

haltsführung zur Verfügung gestellt und Einladungen zu offiziellen Gesprächen abgelehnt habe. Mit diesem Vorgehen kündigt das EP das bisher bestehende „Gentlemen's Agreement“ auf, wonach bisher der Rat nicht die Haushaltsführung des EP und das EP nicht die Haushaltsführung des Rates in Frage gestellt hat. Dieses Agreement sei nicht mehr zeitgemäß, da dem Rat wesentliche neue operationelle Funktionen bei den auswärtigen Angelegenheiten, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Justiz und innere Angelegenheiten übertragen worden seien.

Bis zum 15. Mai soll nun der Generalsekretär dem EP umfassend einen umfangreichen Fragenkatalog zur Haushaltsführung beantworten.

BS

▶ EP-Dossier DEC 2008/2277 Entlastung Rat

## Am Rande...

### 9. Mai - Europatag

Am 9. Mai feiert die Europäische Union „Geburtstag“.

Am 9. Mai 1950 lud der damalige französische Außenminister die internationale Presse ein, um eine "Erklärung von höchster Bedeutung" entgegenzunehmen. Diese wurde als „Schuman-Erklärung“ bekannt und stammte aus der Feder von Schumans Mitarbeiter Jean Monnet.

Dabei handelte es sich um einen Vorschlag, der der Erhaltung des Friedens in Europa dienen sollte. Schuman richtete ihn an Frankreich, Deutschland und alle beitragswilligen Staaten. Schuman und Monnet hatten den ehrgeizigen Plan, die Rohstoffe, die damals Grundvoraussetzung für die militärische Rüstung waren, nämlich Kohle und Stahl, durch ein supranationales europäisches Organ verwalten zu lassen und so die ersten konkreten Grundlagen für eine europäische Föderation zu schaffen. Die Initiative von Schuman führte zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 18. April 1951 durch den Vertrag von Paris. Sie trat am 23. Juli 1952 in Kraft.

BS

▶ EU-Themenseite Europatag

▶ Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950

### Internethilfen für unentschlossene Wähler

Wie selbstverständlich wendet sich der moderne Europäer dem Internet zu, um Informationen zu erhalten. Auch für die Wahlentscheidung anlässlich der Europawahl steht ihm seit Neuestem ein Angebot zur Verfügung. Innerhalb kurzer Zeit wird man durch 30 Fragen zu den Themen Wirtschaft, Umweltschutz, innere Sicherheit etc. geführt. Am Ende kann man den einzelnen Bereichen noch eine subjektive Wichtigkeitsnote geben. In der Auswertung werden verschiedene Parteien und deren Nähe zu der eigenen Position dargestellt. Eine spinnennetzartige Grafik beseitigt dann die letzten Zweifel.

Auch wer sich seiner eigenen politischen Position ohne derartige Hilfsmittel bereits ausreichend sicher ist, kann von diesem Angebot profitieren. Der EU-Profiler verfügt über Informationen über die Parteienlandschaft aller 27 MS, so

dass man sich auch kundig machen kann über die politische Situation bei unseren europäischen Nachbarn.

Das EP selber spricht junge Leute u. a. über die Internetplattform myspace.com an. Der allerletzte Schrei im Internet ist aber „Zwitschern“ oder englisch „twittern“. Kurzmitteilungen von bis zu 140 Zeichen können per SMS direkt in das Internet übertragen werden. Die Jungen Europäischen Föderalisten nutzen diese Plattform für ihr „Europa Wahllokal“.

LF

- ▶ [EU Profiler](#)
- ▶ [EP in MySpace](#)
- ▶ [Zwitschern zur Europawahl](#)

## Europawahl – Deutsche in Belgien

Für Deutsche, die in Belgien leben, in Deutschland nicht mehr gemeldet sind und nicht von Ihrem Wahlrecht als Unionsbürger in Belgien Gebrauch machen, gibt es gleichwohl die Möglichkeit, in Deutschland an der Wahl zum EP am 7. Juni teilzunehmen.

Dazu ist aber eine rechtzeitige Eintragung in das Wählerverzeichnis der letzten Heimatgemeinde notwendig. Der Antrag ist schriftlich bis zum 17. Mai an die entsprechende Gemeinde zu senden, die daraufhin die Unterlagen für die Briefwahl ausstellt.

Melanie Loos

- ▶ [Antragsformulare](#)

## Termine

### Konferenz „Aktiv gegen Zwangsheirat“



Am 29. April fand die Abschlusskonferenz des Daphne-Projektes „Aktiv gegen Zwangsheirat“ unter Leitung der Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) in Kooperation mit der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hamburg, statt.

Nach einer Einführung in das Daphne-Programm durch die zuständige KOM-Vertreterin Ingrid Bellander-Todino präsentierte die Hamburger Referatsleiterin der Abteilung Opferschutz Isabel Said stellvertretend für Senator Wersich die aus dem Projekt hervorgegangenen Handlungsempfehlungen.

Im Anschluss diskutierten sie mit Lissy Gröner, MdEP (DEU/PSE) und Berichterstatterin von Daphne III, Martha Franken, Vertreterin des Gleichstellungsausschusses des Europarates, sowie Colette De Troy, Direktorin des European Policy Action Centre on Violence against Women. Auch das zahlreiche, interessierte Publikum kam dabei zu Wort.

Das große Interesse an den vom Hamburger Projekt erarbeiteten Handlungsempfehlungen lässt darauf hoffen, dass das Ziel, Impulse für die politische Diskussion zu geben, auf der Konferenz erreicht werden konnte. Außer-

dem waren sich alle Teilnehmer einig über die Bedeutung des Programms Daphne, das dazu beiträgt, Themen wie Zwangsheirat und Gewalt gegen Frauen in die zentrale politische Auseinandersetzung und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.



v.l.n.r., 1. Reihe: Frau Colette De Troy, Frau MdEP Lissy Gröner, Frau Martha Franken, Frau Sabine Beckmann, Frau Martina Felz, Frau Isabel Said, 2. Reihe: Herr Dr. Lars Friedrichsen

Melanie Loos

- ▶ [Opferschutz in Hamburg](#)

## Europawoche 2009 in Hamburg



Das zentrale Ereignis der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit in Hamburg ist die Europawoche, die in diesem Jahr vom 2. bis zum 10. Mai stattfinden wird. In der Europawoche bündelt die Senatskanzlei Hamburg in Kooperation mit der Europa Union Hamburg und dem Info-Point Europa eine Vielzahl von spannenden Informations- und Kulturveranstaltungen der Hamburger Europaaktivisten zum Thema Europa.

Ziel der Europawoche ist es, durch die Konzentration der Veranstaltungen das Thema Europa in den Blickpunkt zu rücken. Inhaltlicher Schwerpunkt der diesjährigen Europawoche sind die Wahlen zum EP am 7. Juni. Die Europawoche 2009 steht deshalb unter dem Motto „Hamburg wählt Europa“. Dieses Jahr werden fast 70 Veranstaltungen stattfinden.

Eines der vielen Highlights: Am 7. Mai wird der „Mann mit dem Puschelmikro“, Emmanuel Peterfalvi, besser bekannt als Alfons, durch die Talkrunde "One Night in Europe" führen (ab 19:30 Uhr in den Hamburger Kammerspielen). Diskutieren werden Hannes Stöhr, Regisseur (u. a. „Berlin Calling“, „One Day in Europe“), Annemieke Henriks, niederländische Autorin, Jan-Philipp Beck, ehemaliger Vorsitzender des Europäischen Jugendparlaments, und Alice Botta, Journalistin (DIE ZEIT).

Eine Reihe von Veranstaltungen wendet sich auch speziell an Jugendliche (z. B. das EuropaFestival '09 und ein Europawahl-Hearing für Erstwähler). LF

► [Informationen zur Hamburger Europawoche](#)

## Europawoche 2009: Schleswig-Holstein wählt Europa!



Vom 2. – 10. Mai findet die diesjährige Europawoche in Schleswig-Holstein statt. Sie wird im Auftrag des Europaministeriums von der Europa-Union Landesverband Schleswig-Holstein e.V. organisiert und steht unter der Schirmherrschaft von Europaminister Uwe Döring.

Auf über 100 Veranstaltungen in Schulen, Gemeindezentren, Fachhochschulen und Universitäten quer durch Schleswig-Holstein haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich über Europa zu informieren, zu diskutieren oder Fragen zu stellen. Die Mitglieder zahlreicher Vereine, Verbände, Organisationen oder auch engagierte Einwohnerinnen und Einwohner stehen gerne Rede und Antwort und geben Einblicke in ihre „europäische“ Arbeit mitten in Schleswig-Holstein.

Den Schwerpunkt der diesjährigen Europawoche bildet die unmittelbar bevorstehende siebte Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni. Mit 36,4 % Wahlbeteiligung lag Schleswig-Holstein bei der letzten Wahl 2004 noch unter dem Bundesdurchschnitt. Das soll dieses Mal anders werden, so das erklärte Ziel des schleswig-holsteinischen Europaministers. Andrea Becker

► [Programm Europa-Woche Schleswig-Holstein](#)

## Ausstellung „Gute Aussichten“

Am 27. Mai im Hanse-Office:

Das „Haus der Photographie“ in den Deichtorhallen Hamburg, gehört zu den festen Ausstellungspartnern des Nachwuchsförderungs-Projektes „gute aussichten – junge deutsche fotografie“.

Als „Best of Hamburg“ zeigen wir im Hanse-Office die Arbeiten von fünf Fotografen und Fotografinnen (Annette Grotkamp, Simon Hempel, Regine Petersen, Roman Schramm und Henning Rogge), die in Hamburg leben und/oder studiert haben.

Die Ausstellung „Gute Aussichten“ wird am 27. Mai in Anwesenheit der Initiatorin des Projektes Josefine Raab und Henning Rogge, einem der Künstler, eröffnet und bis zum 28. August im Hanse-Office zu sehen sein.

Melanie Loos

► [gute aussichten](#)

## Hanse-Office intern

Seit dem 20. April wird das Hanse-Office durch Herrn Andreas Thaler verstärkt. Herr Thaler stößt aus dem Kreis Pinneberg zu uns. Im Hanse-Office betreut er die Bereiche Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Regionalpolitik, Erweiterung und Förderinstrumente Osteuropa. Wir wünschen Herrn Thaler einen guten Start!

## Service

Für Rückfragen stehen Ihnen die Leiter und Referenten des Hanse-Office gerne zur Verfügung. Sie erreichen uns über unser Sekretariat unter Tel. +32 2 28546-40 oder unter Tel. +49 40 42609-40 (aus D), per E-Mail [info@hanse-office.de](mailto:info@hanse-office.de) oder per Fax +32 2 28546-57.

Ihre Ansprechpartner zu den EU-Fachpolitiken sind:

<b>Thorsten Augustin</b>	Durchwahl -42	TA
Leiter Schleswig-Holstein – Alle Politikbereiche		
<b>N.N.</b>	Durchwahl -43	NN
Leiter Hamburg – Alle Politikbereiche		
<b>Dr. Lars Friedrichsen</b>	Durchwahl -46	LF
Stellv. Leiter Hamburg – Transeuropäische Netze, ÖPNV, Städtebau, Interregionale Kooperation/METREX, Beziehungen zu den Partnern im Ostseeraum		
<b>Dr. Thomas Engelke</b>	Durchwahl -47	TE
Meeres- und Fischereipolitik, Energie und Tourismus, Bildung/Kultur und Jugend, Beziehungen zu den Partnern im Ostseeraum, Betreuung der Nachwuchskräfte und Praktikanten		
<b>Dr. Clemens Holtmann</b>	Durchwahl -44	CH
Wirtschaft/Außenhandel, Häfen/Luftverkehr, Glücksspielwesen		
<b>Katrin Lütjen</b>	Durchwahl -45	KL
Landwirtschaft, Umwelt		
<b>Birgitta Schönefeld</b>	Durchwahl -32	BS
Finanzen (EU-Haushalt, Steuern und Finanzdienstleistungen), Öffentliches Auftragswesen		
<b>Andreas Thaler</b>	Durchwahl -52	AT
Regionalpolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Erweiterung und Förderinstrumente Osteuropa		
<b>N.N.</b>	Durchwahl -59	NN
Innen- und Justizpolitik, Medien, Telekommunikation, Informationsgesellschaft, Minderheitenpolitik, Ausschuss der Regionen		
<b>N.N.</b>	Durchwahl -40	NN
Forschung/Wissenschaft, Gesundheitspolitik, Verbraucherschutz, Entwicklungszusammenarbeit		

## Impressum

Diese Veröffentlichung wird herausgegeben vom

HANSE-OFFICE  
Avenue Palmerston 20  
B-1000 Brüssel  
[www.hanse-office.de](http://www.hanse-office.de)

V.i.S.d.P. sind die Leiter. Für die Inhalte verlinkter Seiten und Dokumente ist das Hanse-Office nicht verantwortlich, so dass für deren Inhalt keine Haftung übernommen werden kann.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Schleswig-Holstein und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung oder des Senats zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Brüssel, den 30. April 2009